

**Jetzt aktiv werden!**

In der nächsten Zeit stehen viele Protestaktionen an. Jede/r ist zur Teilnahme eingeladen. Nur wenn wir weiter und noch stärker Druck machen, kann den Freihandelsstrategen ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Wir, das **Kölner Bündnis „NO TTIP“**, rufen deshalb unter anderem zur Beteiligung an folgenden Aktionen auf:

- **1. Mai:** Kölner DGB-Demonstration „Gute Arbeit. Soziales Europa“: Demo-Block des Kölner Bündnisses „NO-TTIP“ (Beginn: 11.30 Uhr, Hans-Böckler-Platz)
- **15. Mai:** Umzingelungsaktion „Stopp TTIP!“ in Brüssel (Protest gegen den Kongress des europäischen Unternehmensverbandes „BusinessEurope“ (Busabfahrt um 6 Uhr, Köln, Breslauer Platz) Anmeldungen an [oswaldpannes@gmx.de](mailto:oswaldpannes@gmx.de))
- **17. Mai:** Dezentraler bundesweiter „Blockupy“-Aktionstag Düsseldorf (Demo und viele Aktionen, u.a. gegen TTIP (Beginn 12 Uhr, Hauptbahnhof)
- **24. Mai:** Stoppt TTIP – Kul.tour-Reise Musikabend Köln, Club Bahnhof Ehrenfeld (CBE) ab 20 Uhr

[www.no-ttip-koeln.de](http://www.no-ttip-koeln.de)

c/o AWH, Körnerstr. 77-79, Köln-Ehrenfeld

## Das Kölner Bündnis „NO-TTIP“ lädt ein

Handels- und Investitionspartnerschaft  
EU - USA (TTIP)



### Ein Fluch - kein Segen!

Info- und Diskussionsveranstaltung

mit Thomas Hegenbarth (Die Piraten, Köln)  
Katharina Dröge (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)  
Fabio di Masi (Die Linke, NRW)  
Andreas Trennheuser (Mehr Demokratie e.V.)  
Beate Scheidt (IG Metall, Frankfurt/M.)  
Moderation: Albrecht Kieser, Journalist

**Donnerstag, 15. Mai 2014**  
um 19.00 Uhr Bürgerzentrum Ehrenfeld  
Venloer Str. 429

# KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN!

## EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP)

### Auf dem Weg zu einer noch ungerechteren Weltwirtschaftsordnung?

Auf die Menschen beiderseits des Atlantik kommen **schlechtere Zeiten** zu. EU-Kommission und US-Handelsministerium verhandeln über die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Das könnte wegen der globalen Bedeutung der beiden großen Wirtschaftsräume der Beginn einer noch ungerechteren kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung werden. Derartige Angriffe wurden schon wiederholt im Rahmen von Welthandelsrunden (WTO) versucht. Die Parlamente sollen das hinter verschlossenen Türen ausgehandelte Vertragswerk nur noch absegnen.

### Worum geht es?

Eigentlich um alles, was unseren **Alltag** bestimmt: Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz, Regelungen zum Umweltschutz, Fragen des Gesundheitsschutzes, Demokratie durch Teilhabe und Mitbestimmung. Wir werden **geblendet**: Freihandel unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts bedeutet **Handel ohne Hindernisse** für diejenigen, die den Handel dominieren: EU- und US-Konzerne, die Waren und Dienstleistungen möglichst unbeschränkt von staatlichen Vorgaben und Gesetzen importieren und exportieren.

Es geht um eine „Harmonisierung“ bestehender Handelshemmnisse durch „**Liberalisierung auf höchstem Niveau**“. Im Klartext: Kosten für Unternehmen werden gesenkt durch die Lockerung von Sicherheitsauflagen, Zulassungsvorschriften oder Umweltschutzgesetzen. Freihandel hat immer die Tendenz gezeigt, dass Standards abgesenkt statt angehoben wurden. Mit dem TTIP-Abkommen wäre das nicht anders. Hat doch die expansionistische EU im Vorfeld des Abkommens beispielsweise wiederholt den Marktzugang gentechnisch veränderter US-Produkte in Europa zugelassen. Die USA wurden für TTIP angefüllt. Umgekehrt erwarten europäische Exporteure ein Entgegenkommen der USA, etwa bei der Forderung nach Wegfall der staatlichen Förderung (Meistbegünstigung) bestimmter US-amerikanischer Waren („Buy American“).

Beim Freihandel geht es nur um **Gewinnmaximierung** der beteiligten Unternehmen. Menschen zählen nur etwas, soweit ihre Arbeit für InvestorInnen möglichst preisgünstig verwertbar ist. So ist es für EU-Konzerne besonders attraktiv, dass in den USA nicht mal die elementaren ILO-Arbeitsnormen (Internationale Arbeitsorganisation der UNO) rechtlich anerkannt sind.

In der Konkurrenz mit US-Unternehmen lässt sich da in Zukunft bestimmt Druck in Richtung **Abbau** der teureren EU-Standards im **Arbeitsrecht** aufbauen. Schon heute investieren deutsche Konzerne wie Mercedes und BMW gerade auch in solchen US-Bundesstaaten, in denen es keine Koalitionsfreiheit (Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifauseinandersetzungen) gibt.

# BESCHLEUNIGTER DEMOKRATIEABBAU

Es geht nicht um Chlorhühnchen und Hormonfleisch in den Kühlregalen deutscher Supermärkte. Viel gravierender ist die beabsichtigte Installation des neuen Mechanismus der „**Regulatorischen Konvergenz**“. Damit sollen die Lobbyisten aus Industrie und Handel ein äußerst effektives Instrument der Interessendurchsetzung an die Hand bekommen: Künftig soll im Vorfeld neuer Gesetzesvorhaben ein international gemischtes Gremium aus US-Handelsvertretung, EU-Unternehmen und EU-Kommission die Weichen zugunsten der Marktzulassung bestimmter Produkte stellen. Und das lange bevor die Parlamente sich als Korrektiv sich mit Problem befassen könnten. Die betroffene Bevölkerung hat dann erst recht nichts mehr zu entscheiden.

Besonders heikel: Die vorgesehene Übernahme des sog. ISDS-Streitbeilegungsverfahrens (Investor-State-Dispute-Settlement) aus dem schon fast abgeschlossenen Handelsvertrag der EU mit Kanada (CETA). Mittels Schiedsklauseln im Vertrag sollen Staaten von Konzernen vor internationalen Schiedsgerichten auf hohe **Entschädigungssummen** verklagt werden können - vorbei an ordentlichen nationalen und europäischen Gerichten. Die Urteile dreier privater Schiedsrichter/innen sollen für die beklagten Staaten bindend sein. Es gibt keine Revision. Schon heute garantieren weltweit über 3000 Investitionsabkommen weitreichende Klagerechte für Konzerne in diesem System der Schiedsgerichtsbarkeit. Wie immer zahlt bei erfolgreichen Klagen ausländischer InvestorInnen gegen Politikmaßnahmen und Verwaltungspraktiken des Staates letztlich der/die Steuerzahler/in. Stets geht es darum, dass Konzerne ihre Eigentumstitel und die erhofften Gewinne aus ihren Investitionen geschädigt sehen.

Um die aufgekommene Wogen zu glätten, hat EU-Handelskommissar de Gucht bis Ende Juni einen „**Konsultationsmechanismus**“ mit der Zivilgesellschaft eingeleitet. Verbände, NGOs und BürgerInnen der EU-Staaten können ihre Kritik am System der Schiedsverfahren äußern. Ein großzügiges Angebot? Der im Internet präsentierte lange Fragebogen der EU-Kommission lässt kaum ein konsequentes **Nein** zum ISDS zu. Alle anderen Kapitel des Abkommens werden gnadenlos weiterverhandelt. Die Sitzungen der Verhandlungsdelegationen bleiben weiterhin **geheim**.

## ... aber der Widerstand hat schon begonnen.

In der Tradition der erfolgreichen Proteste gegen das 1998 **gestoppte** MAI-Abkommen (Multilaterales Abkommen über Investitionen) haben sich bereits zahlreiche NGOs und soziale Bewegungen gegen die TTIP- und CETA-Abkommen in ganz Nordamerika und Europa zusammengeschlossen. Mit uns nun auch in Köln. Unsere Kritik ist eindeutig: **TTIP ist ein Angriff auf alle Lebensbereiche**, eine weitere gigantische Umverteilung von unten nach oben. Das Abkommen mit den USA wie auch das CETA mit Kanada muss gestoppt werden! Handel geht auch anders, auf der Basis anerkannter ILO-Normen, gerechter Löhne, fairer Preise und hoher Umwelt- und Sicherheitsstandards. Dafür treten wir ein.